

Krach ums Aktienrecht

Economiesuisse Die Reform des Aktienrechts liess Jahre auf sich warten. Kurz vor der Ziellinie fordert der Dachverband der Wirtschaft nun einen Übungsabbruch. Was ist passiert?

VON HENRY HABEGGER

«Ich bin überzeugt, dass das neue Aktien- und Rechnungslegungsrecht dazu beiträgt, dass es für Investoren noch attraktiver wird, ihr Geld in Schweizer Unternehmen «arbeiten» zu lassen.» Das sagte im Mai 2007 der damalige Justizminister Christoph Blocher, als der Bundesrat Anlauf nahm, das Aktienrecht zu revidieren. Über zehn Jahre später ist das immer noch nicht passiert. Die Blocher'sche Revision wurde sistiert, weil die vom Stimmvolk angenommene «Abzocker»-Initiative berücksichtigt werden musste.

Jetzt scheint das Ziel endlich in Sicht. Der Nationalrat hat die Revision im Herbst durchberaten. Wenn alles gut läuft, könnte die Revision schon in der nächsten Frühlingssession vom Parlament verabschiedet werden. Und gibt es kein Referendum, tritt das neue, modernisierte Aktienrecht schon bald in Kraft.

Aber es läuft nicht gut. Am Dienstag ist der Ständerat am Zug, und hier droht das Grounding der ganzen Revision. Jahrelange Arbeit von Bundesrat, Parlament, Verwaltung, Experten und Verbänden wären für die Katz.

Ausgerechnet der mächtige Wirtschaftsdachverband Economiesuisse verlangt Übungsabbruch. «Wir sind für Nichteintreten, weil es uns nicht möglich scheint, im parlamentarischen Prozess eine derart missratene Vorlage wieder auf Kurs zu bringen», sagt Erich Herzog, designierter Leiter Wettbewerb und Regulatorisches bei Eco-

nomiesuisse. Herzog wird ungewöhnlich deutlich: «Die Rechtskommission des Ständerats hat die Vorlage aus unserer Sicht so stark verschlechtert, dass sie nicht mehr zu retten ist. Zu einer Reihe von sachfremden Änderungen der Ständeratskommission konnte vorher niemand Stellung nehmen. Der Zwang etwa, dass börsenkotierte Unternehmen politische Spenden offenlegen müssen, gehört nicht ins Aktienrecht.»

Caroni will Totalschaden vermeiden

Als die Vorlage im Juni aus dem Nationalrat kam, zeigte sich Economiesuisse noch erfreut über die Aussicht, dass ein «seit Jahren bestehender Reformstau» aufgebrochen werde.

Und jetzt der angebliche Totalschaden, angerichtet von der Rechtskommission unter Präsident Robert Cramer (Grüne/GE). Wie es dazu kam, ist nicht einfach zu ergründen. «Kommissionsgeheimnis», sagt stellvertretend FDP-Ständerat Andrea Caroni. Sicher ist, dass «Abzocker»-Initiant Thomas Minder, der als einziges SVP-Fraktionsmitglied in der Rechtskommission des Ständerats (RK-S) sitzt, in der Novembersitzung Erfolge auf der ganzen Linie verbuchen konnte. Auch SP-Vertreter fühlten sich beschenkt. Die RK-S baute eine Reihe von Regulierungen ein. Beispiele: Vergütungen von Geschäftsleitungsmitgliedern müssen individuell offen gelegt werden. Entschädigungen für Konkurrenzverbote sind in jedem Fall untersagt. Prospektive Boni-Abstimmungen sind verboten. Börsenkotierte Unternehmen müssen politische Spenden ausweisen.



«Ich bin überzeugt, dass das neue Aktienrecht dazu beiträgt, dass es für Investoren noch attraktiver wird, ihr Geld in Schweizer Unternehmen «arbeiten» zu lassen.»

Christoph Blocher als Justizminister 2007

Mit 9 zu 2 Stimmen verabschiedete die solide bürgerlich besetzte RK-S (9 Mitglieder entstammen FDP, CVP, SVP) ihr Werk, das für den Wirtschaftsverband der blanke Horror ist. Hinter vorgehaltener Hand sagen Beobachter, dass die bürgerlichen Kommissionsmitglieder schlecht vorbereitet waren und sich von Minder und den Linken über den Tisch ziehen liessen.

FDP-Ständerat Ruedi Noser (ZH) beantragt nun - ganz im Sinn von Economiesuisse - Nichteintreten auf die Vorlage. Falls der Nationalrat sich dem anschliesst oder der Ständerat am Nichteintreten festhält, ist die Vorlage endgültig vom Tisch.

Diesen Totalschaden will FDP-Ständerat Caroni verhindern: Er beantragt Rückweisung an die Kommission, in der er selbst sitzt. Ziel ist natürlich, im Sinne der Wirtschaft nachzubessern. Caroni rechnet sich gute Chancen aus.

Will Wirtschaft nur Zeit gewinnen?

Economiesuisse sieht in der Rückweisung keine Lösung. «Eine Rückweisung an die Kommission macht keinen Sinn, weil sich wieder die gleiche Kommission mit der Vorlage befassen würde. Es bleibt aus unserer Sicht nichts anderes übrig, als das Ganze neu aufzusetzen. Zeitdruck besteht ja immerhin keiner», sagt Erich Herzog.

Aber es gibt auch eine andere Variante. Der Ständerat könnte am Dienstag in der Detailberatung die Version seiner Rechtskommission übergehen und auf der Version des Nationalrats aufbauen. Gehe nicht, sagt Economiesuisse: «Hierzu müssen

hundertende von Anträgen gestellt werden, und dafür stellt sich niemand zur Verfügung», sagt Erich Herzog.

Ob das wirklich nicht geht, ist allerdings umstritten. Gemäss einer Einschätzung aus der Verwaltung müssten nicht «Dutzende», sondern 13 Einzelanträge gestellt werden, um die Linie von Economiesuisse zu unterstützen. Denn in vielen Punkten gibt es ohnehin schon eine Differenz, sodass es zur Ausmarchung kommt. Und die Mehrheit dieser Einzelanträge würde zudem vom Bundesrat unterstützt. Nur gegen drei müsste sich die Landesregierung stellen.

Wenn es stimmt, dass die Vorlage ohne allzu grossen Aufwand zu retten ist: Warum will Economiesuisse sie dann total versenken? Eine Vermutung, die man im Bundeshaus hört: Es gehe dem Verband wohl darum, Zeit zu gewinnen bis nach der Volksabstimmung über die Steuer- und AHV-Vorlage (STAF) vom nächsten Mai. Sei diese dann erst einmal unter Dach und Fach, würden Steuerschlupflöcher in die Aktienrechtsrevision eingebaut. Das versuchte SVP-Nationalrat und Fraktionspräsident Thomas Aeschi (ZG) bereits einmal. Ausfälle von 2,3 Milliarden wären die Folge gewesen.

Erich Herzog von Economiesuisse sagt: «Die These, dass wir Zeit gewinnen und nach der Abstimmung über die STAF Steueroptimierungsmöglichkeiten in die Aktienrevision einbauen wollen, ist absurd. Die Aktienrechtsrevision ist keine Steuervorlage. Von der These höre ich zum ersten Mal. Mit dem Antrag Aeschi hatten wir nichts zu tun.»

Der Juso-Schreck und die Jungsozialistin

Neulinge Daniel Frei und Samira Marti heissen die neuen SP-Nationalräte. Sie politisieren ganz unterschiedlich.

VON EVELINE RUTZ UND HANS-MARTIN JERMANN

Daniel Frei ist gestern mitsamt Familie nach Bern gereist. Der 39-Jährige trat die Nachfolge von Chantal Galladé an, die seit kurzem als Präsidentin eines Winterthurer Schulkreises amtiert. Seiner Vorgängerin steht er politisch nahe. Wie sie zählt er zum sozialliberalen Flügel der Partei. «Politik ist für mich Mitgestaltung und Zusammenarbeit ohne ideologische Scheuklappen», sagt Frei, der in Uster lebt. Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität seien zentral, man dürfe sich gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Neuerungen gegenüber jedoch nicht verschliessen. Die Partei brauche reformorientierte Kräfte, genauso wie sie auch die anderen Kräfte brauche. «Dieser Breite hat sie ihren Erfolg zu verdanken.»

«Dicke Haut zugelegt»

Wie kräftezehrend Konflikte zwischen den unterschiedlichen Strömungen sein können, hat Frei als Präsident der Zürcher SP erlebt. Zwischen Regierungsrat Mario Fehr und den Jungsozialisten musste er immer wieder schlichten. Mal ging es um eine Spionagesoftware, mal um ein Burkaverbot oder um Fehrs angeblich harte Politik abgewiesenen Asylsuchenden gegenüber. «Ich sah mich als Integrationsfigur», sagt Frei, der nicht die lauten Töne sucht. Es entspreche seinem Wesen, das Verbindende zu betonen. Als seine Vermittlungsversuche keinen Erfolg mehr zeigten, zog er die Konsequenzen. Anfang 2017 trat er nach viereinhalb Jahren im Amt ernüchtert zurück. «Ich habe in dieser Zeit viel gelernt und mir dabei eine dickere Haut zugelegt.»

Frei sei eine angenehme Person, sagt Hans-Jakob Boesch, Präsident der Kantonalen FDP. «Er kann gut auf andere zugehen und mit anderen zusammen-



Neu im Nationalrat: Der Zürcher Genosse Daniel Frei und die Baselbieter Jungsozialistin Samira Marti.

PETER KLAUNZER/KEY

arbeiten.» SVP-Nationalrat Claudio Zanetti bestätigt dies. «Er ist anständig und sachorientiert - einfach ein guter Typ.» Ebenso positiv äussert sich EVP-Nationalrat Nik Gugger. Frei sei engagiert, konziliant und lösungsorientiert.

Der Ratsneuling hat durch seine Mitarbeit in der Geschäftsleitung der SP Schweiz erste Kontakte nach Bern geknüpft. Nun will er im Parlamentsbetrieb möglichst rasch Fuss fassen. Von seiner Vorgängerin übernimmt er den Sitz in der Sicherheitspolitischen Kommission. «Das passt gut», sagt er und erwähnt, dass er sich bereits im Rahmen seines Studiums in Politikwissenschaft und später als Gemeinderat in Niederhasli mit Sicherheitsfragen auseinandergesetzt hat. Daneben will er sich für den sozialen Zusammenhalt engagieren, den er angesichts populistischer Tendenzen gefährdet sieht. Und er wünscht sich eine engagiertere Debatte darüber, welche Rolle die

Schweiz in Europa spielen soll. «Wir lösen immer nur anstehende Probleme, verdrängen aber die Grundsatfrage, nämlich ob wir Teil des europäischen Integrationsprozesses sein wollen oder nicht.»

Im Hinblick auf sein Engagement in der grossen Kammer hat Daniel Frei sein berufliches Pensum als Geschäftsleiter Zweckverband Sozialdienste im Bezirk Dielsdorf reduziert. Vor einer Woche ist er zudem aus dem Kantonsrat ausgeschieden. Familie, Beruf und Politik unter einen Hut zu bringen, werde eine Herausforderung, sagt Frei, der mit einer SP-Kantonsrätin in einer Patchworkfamilie mit fünf Kindern lebt. «Unser Alltag wird sich verändern.»

Die jüngste Nationalrätin

Frei ist also ein Nationalrat der leisen Töne, die Zürcher Juso machten ihm einst das Leben schwer. Er kommt vom sozialliberalen Flügel - und ist damit

das Gegenteil seiner Parteikollegin Samira Marti. Die 24-jährige Baselbieterin ist seit gestern die jüngste Nationalrätin der Schweiz.

2016 verlor sie die Wahl zur Juso-Präsidentin gegen Tamara Funiello. Damals wurde sie als ruhig, überlegt und analytisch beschrieben, ihre Konkurrentin als pointierter und frecher. Diese Schubladisierung wurde Marti indes kaum gerecht. Denn dieselben Medien schrieben auch schon vom «Marti-Vulkan». Emotionsgeladen und unerschrocken stellt die Neo-Nationalrätin auch schon mal Parteigrössen wie SP-Chef Christian Levrat oder Ständerat Claude Janiak (SP/BL) in den Senkel.

Marti studiert an der Uni Zürich Wirtschaftswissenschaften. Die Volkswirtschaftslehre liefere für das Verständnis des gesellschaftlichen Zusammenlebens wichtige Grundlagen. Um die Welt zu verändern, diene ein Wirtschaftsstudium mehr als ein Deutschstudium.

Bundesratswahlen

SRG reduziert ihr Aufgebot

VON KARI KÄLIN

Die SRG hat am vergangenen Mittwoch mit deutlich weniger Personal über die Bundesratswahlen berichtet als im Vorjahr bei der Wahl von Ignazio Cassis. Damals standen 238 Personen im Einsatz.

Als die eidgenössische Bundesversammlung Viola Amherd (CVP) und Karin Keller-Sutter (FDP) in die Landesregierung wählte, bot die SRG neben den akkreditierten Bundeshausjournalisten 45 weitere Journalisten sowie 88 Techniker auf. Dies schreibt der Bundesrat in der Antwort auf eine Frage von Nationalrat Marcel Dettling (SVP/SZ). Die SRG verfügt über 50 akkreditierte Bundeshausjournalisten. SRG-Sprecher Edi Estermann präzisiert auf Anfrage, es bedeute nicht, dass diese tatsächlich auch bei den Bundesratswahlen alle im Einsatz standen.

Gleich viel mit weniger Personal

Bei der Wahl von Ignazio Cassis waren insgesamt 160 Techniker anwesend. Der Grosseaufmarsch sorgte damals bei diversen Parlamentariern für Unmut. Manche frotzelten, sie würden dauernd über SRG-Kabel stolpern. Peter Schilliger (FDP/LU) stimmte darum im Nationalrat aus Trotz für die No-Billag-Initiative.

Das Volk lehnte die Initiative zur Abschaffung der Radio- und TV-Gebühren im letzten Frühling schliesslich jedoch mit mehr als 70 Prozent Nein-Stimmen ab. SRG-Direktor Gilles Marchand kündigte darauf gleichwohl Sparmassnahmen im Umfang von 100 Millionen Franken an. Marcel Dettling glaubt denn auch, dass die Initiative dennoch bereits Wirkung entfaltet. «Die SRG hat über eine Doppelvakanz mit viel weniger Personal berichtet», sagt der SVP-Politiker. Obwohl fast nur halb so viele Techniker im Einsatz standen, habe die Qualität nicht gelitten. Gekostet hat die Übertragung am vergangenen Mittwoch einen hohen fünfstelligen Betrag. Details dazu gibt SRF nicht bekannt.